Beschlussvorlage
Vpl/006/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Verkehrsausschuss	20.02.2025	öffentlich	Beschluss

Betreff:
U-Bahn-Erweiterung nach Eibach und Reichelsdorf
hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 07.11.2022

Anlagen:
Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 07.11.2022
Kurzbericht zur Abschätzung der Förderwürdigkeit einer U-Bahn-Verlängerung nach Eibach/Reichelsdorf der Intraplan Consult GmbH vom 21.12.2022

Sachverhalt (kurz):

2015 wurde die Förderwürdigkeit einer Verlängerung der U2 nach Eibach Mitte und Reichelsdorf untersucht. Im Ergebnis ergab die Abschätzung, dass auch bei einer vertieften genauen Untersuchung eine Föderfähigkeit unrealistisch sei. Daraufhin wurde das Vorhaben nicht weiterverfolgt.

Das Bewertungsverfahren wurde 2016 fortgeschrieben.

Eine im Rahmen der „Intermodalen Verkehrsuntersuchung zur Entlastung der Stadt Stein und des Nürnberger Südwestens“ vom ZVGN beauftragte Standardisierte Bewertung nach der neuen Version 2016 ergab, dass die Förderfähigkeit einer U2-Verlängerung nach Stein weiterhin nicht absehbar ist. Aufgrund der vorrangigen Betroffenheit des Landkreises Fürth sowie der Stadt Stein wird die inzwischen abgeschlossene Untersuchung demnächst in den Gremien behandelt.

Folgend wurde die Verlängerung der U2 nach Eibach Mitte und Reichelsdorf nunmehr nach der Version 2016 und der aktuell gültigen Version 2016+ des Standardisierten Bewertungsverfahrens im Rahmen einer Abschätzung erneut untersucht. Die vorliegende Untersuchung kommt zum Ergebnis, dass die tragfähigen Investitionen in beiden Fällen in einer Größenordnung liegen, die zwar nicht auskömmlich ist (ein Nutzen-Kosten-Indikator von 1,0), allerdings eine Weiterverfolgung des Vorhabens auch nicht aussichtslos erscheinen lässt.

Sofern das Vorhaben weiterverfolgt werden sollte, würde dies eine Anpassung der Rahmenbedingungen für den Prognosehorizont 2035 erforderlich machen. Daraus erwachsen Chancen, insbesondere aus der Optimierung der Angebotskonzepte Bus, aber auch Risiken, da die aktuellen Kostensteigerungen bei der Infrastrukturherstellung durch die Rückrechnung auf den Preisstand 2016 nicht vollständig ausgeglichen werden können.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, eine vertiefte Untersuchung nach dem aktuell gültigen Standardisierten Bewertungsverfahren durchzuführen. Hierzu sind auf der Nutzenseite z.B. die Strukturdaten zu aktualisierten und ein Busergänzungsnetz zu konzipieren. Auf der Kostenseite müssen die erforderlichen baulichen Maßnahmen genauer geplant und kalkuliert werden.

Ziel ist, einen belastbaren Nutzen-Kosten-Indikator zu ermitteln und somit eine Aussage über die Förderfähigkeit zu erhalten.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Es liegen keine Diversity-relevanten Aspekte vor.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung für die Verlängerung der U2 nach Eibach Mitte und Reichelsdorf ein Standardisiertes Bewertungsverfahren durchzuführen und über das Ergebnis zu berichten.